

Hier sprechen die Parteien zum Wahlgesetz



Ein Bekenntnis / zur Verfassung

Wahlversammlung mit Justizminister Dr. Susterhenn

Auf einer Großkundgebung der CDU im vollbesetzten Saalbau zu Alzey sprach zum erstmaligen in Rheinland-Pfalz Justizminister Dr. Susterhenn zu dem Thema: „Der Weg der CDU — Ein Bekenntnis zu den wenigen Rechten des Menschen.“

Zu Beginn der bedeutenden Ausführungen umriss der Minister die Stellung des Landes Rheinland-Pfalz. Es sei nicht aus dem Willen des Volkes geboren, sondern ein Produkt der Zonenabgrenzung. Deshalb dürfe man nicht auf dem Standpunkt, daß dieses Land eine ewige Bedeutung haben könne. Nach ihm sei es nun aber ein Leben geworden für 12 Millionen Menschen zu zusammengeschlossen, da müssen wir miteinander leben und dafür Sorge tragen, daß die rechtliche Basis für das Zusammenleben gefunden wird. Ohne Verfassung haben wir keine Ordnung, ohne rechtliche Ordnung ist der Wiederaufstieg nicht möglich.

Auf die Vorgeschichte der Verfassung eingehend, erklärte der Minister u. a. folgendes: In den verflochtenen Monaten haben sich alle Parteien eingehend mit dem von einer amtlichen Kommission ausgearbeiteten Verfassungsentwurf befaßt. Dabei ist es von vornherein Absicht der CDU gewesen, die Verfassung auf einer möglichst breiten Basis zustande zu bringen. Die CDU hat sich ausgehend, daß sie nicht für eine einzelne Partei bestimmt sein kann. Zu unserem großen Bedauern ist dieses Ziel nicht erreicht worden. Sie wurde aus den Stimmen der SP und KP mit 70 zu 31 Stimmen verabschiedet, wobei es nicht unwesentlich ist, festzustellen, daß von den 41 Abgeordneten der SP 16 von der Ablehnung des Haus verließen, darunter die Minister Steffan und Röhlle und weitere prominente Vertreter dieser Fraktion.

Bei der Entscheidung zur Verfassung wird mit der Ablehnung des Schulartikels und der Sozial- und Wirtschaftsbestimmungen begründet und schließlich so erklärt, daß die Sozialdemokraten die Verantwortung für die Schaffung des Landes übernehmen wollen. Demgegenüber stellen wir uns auf den Boden der Realpolitik und versuchen im Rahmen der bestehenden Gegebenheiten unser politisches Leben wieder einem Rechtszustand anzuführen. Deshalb haben wir uns die Verfassung angeschaut und dabei gleichzeitig eine scharfe Grenze gegenüber den vergangenen 12 Jahren gezogen.

Auf den ersten Abschnitt der Verfassung überleitend, zeigte der Referent die grundsätzliche Stellung des Menschen zum Staat.

Gegenüber der Weimarer Verfassung, der die Bestimmungen über die allgemeinen Menschenrechte ganz ähnlich als schmückendes Beiwerk angehängt waren, haben wir uns die Menschen wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Seins gestellt. Der Staat kann nicht machen was

er will, er ist an das Naturrecht und an das Sittengesetz gebunden, auch wenn die SP den Antrag gestellt hat, unter „Naturrecht“ zu streichen. Wenn ich kein Naturrecht anerkenne, lände ich wieder bei dem Staatsabsolutismus. Mit dem Satz: „Recht ist was das Staate nützt, wollen wir ein für allemal aufhören.“

In Verfolg dieser Grundgeden des neuen Verfassungswerkes ist das Recht der Unantastbarkeit des Lebens verankert und die Körperliche Unverletzlichkeit der Wohnung garantiert. Damit ist das Kapitel der Sterilität, das unter dem autoritären Regime durch die Diktatur von den 218 Einwohnern beantwortet. Ferner wird das Recht der Ehe und der Familie als Grundlage aller menschlichen Gesellschaft gewährleistet. Während die SP betont, daß das Recht der Scheidung dem Staate zukommt, legen wir nach demokratischer Auffassung und Konsequenz Ableitung aus den Menschenrechten das Schwerkrieg auf das Elternrecht. Wir lehnen jede Staatszwangsschule in der Form der vergangenen 12 Jahre oder der Erziehung anderer Gebiets ab und fordern dafür die christliche Ganztageserziehung.

In dem neuen Land Rheinland-Pfalz haben sich im Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung zwei Schulformen herausgebildet. Die Regenschulen (Trier, Montabaur, Koblenz und Teile der Pfalz kennen seit über zehnjährigen Vorleben Bekenntnisschulen, während die Bezirke Nassau, Rheinland und die obere Teile der Pfalz christliche Simultanschulen aufweisen. Beide Schulformen haben sich bewährt und zur Zufriedenheit der Bevölkerung gewirkt. Entsprechend dieser geworden und im Volke fest verankerten Tatsachen hat die CDU die christliche Simultanschule und die Bekenntnisschule als gleichberechtigt nebeneinander anerkannt und denkt nicht daran, an diesem Zustand etwas zu ändern. Demgegenüber bedeutet der Antrag der SP auf Einführung der christlichen Simultanschule für das ganze Land die Eröffnung des Schulkampfes, da dann die in anderen Bezirken bestehende und liebgewordene Schultypen beseitigt werden müßten.

Es geht also nicht um die Form, Bekenntnis- oder Simultanschulen, sondern um die Beibehaltung des derzeitigen Zustandes unter Gleichstellung beider Schularten. Wer sich zu dieser Lösung der Schulfrage bekennt — und das dürfte der weitaus größte Teil der Bevölkerung sein, auch aus den Reihen der SP — hat am 18. Mai 1947 die Entscheidung über die Schulfrage hinaus hat die CDU in tolerantester Weise beantragt, die Abstimmung über diesen Abschnitt III (Kultur, Pädagogik, Schule) gegen die Regenschulen zu entscheiden. Die Möglichkeit zu geben, sich unbeeinträchtigt über die Frage der Verfassung frei auszusprechen, zur Schulfrage zu entscheiden, die die SP hat unverändert

welt gegen diesen Antrag gestimmt, obwohl dieser Vorschlag nach ihrer Wahlpropaganda eigentlich ihrem Sinn liegt.

Wirtschafts- und Sozialordnung
In der Verfassung führte der Minister aus, daß sich erst durch die Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein harmonisches Gesamtbild ergibt. Der Arbeitnehmer darf nicht mehr als Ware betrachtet werden, er bleibt auch im Wirtschaftsprozess ein Mensch und hat als solcher u. a. auch die Rechte der Mitwirkung und Mitbestimmung. Durch eine derartige Gleichberechtigung ist es möglich, den sozialen Frieden zu wahren und ein Anwachsen des Radikalismus zu verhindern. Gegenüber den Sozialisierungswünschen

der Verfassung führte der Minister aus, daß sich erst durch die Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein harmonisches Gesamtbild ergibt. Der Arbeitnehmer darf nicht mehr als Ware betrachtet werden, er bleibt auch im Wirtschaftsprozess ein Mensch und hat als solcher u. a. auch die Rechte der Mitwirkung und Mitbestimmung. Durch eine derartige Gleichberechtigung ist es möglich, den sozialen Frieden zu wahren und ein Anwachsen des Radikalismus zu verhindern. Gegenüber den Sozialisierungswünschen

der Verfassung führte der Minister aus, daß sich erst durch die Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein harmonisches Gesamtbild ergibt. Der Arbeitnehmer darf nicht mehr als Ware betrachtet werden, er bleibt auch im Wirtschaftsprozess ein Mensch und hat als solcher u. a. auch die Rechte der Mitwirkung und Mitbestimmung. Durch eine derartige Gleichberechtigung ist es möglich, den sozialen Frieden zu wahren und ein Anwachsen des Radikalismus zu verhindern. Gegenüber den Sozialisierungswünschen

Die CDU. Mainz veranstaltet am Sonntag, 11. Mai, 20 Uhr, eine Großkundgebung

im „Rad“, Kärstlich, in der Ministerpräsidenten Dr. B. Oden sprechen wird.

der beiden Linksparteien stellte der Minister fest, daß wir nicht einen Schlagworts wegen und jeder Preis sozialer Werte. Unsere Wirtschaft, die größtenteils zerfallen am Boden liegt, muß bei ihren strukturellen Grundlagen behutsam behandelt werden. Radikale Eingriffe verbieten sich von selbst. Nur wo Wachstumsmöglichkeiten vorliegen, die das Gemeinwohl fördern und die soziale Gerechtigkeit, sehen wir ein Erfordernis zur Entmachtung und Überführung in „Gemeineigentum“, wobei Arbeitnehmer, Selbstverwalter und die Wirtschaft zu arbeiten und in den Ländern zu wählen!

Bafer am 18. Mai 1947:
Dein Ja der Verfassung, Dein Ja dem Schulartikel und Deine Stimme den Kandidaten der CDU!

Evangelische Kirche für Elternrecht

Im Namen der Kirche forderte der evangelische Bischof von Berlin, Dr. Otto Dibelius, auf einem Pressegespräch ein Ende der Verweilung des ganzen öffentlichen Lebens. Die Kirche stelle diese Forderung, weil sie überzeugt ist, daß nur im Christentum die Kraft liegt, die uns retten kann. Wir brauchen eine christliche Schule in Deutschland, nicht eine Staatschule. Wir brauchen einen christlichen Einfluß in Presse und Rundfunk. Wenn man uns in den Programmen der bestehenden Rundfunkanstalten größeren Einfluß geben will, so soll man uns einen kirchlichen Sender geben, dessen Programm wir zusammen mit den Katholiken betreiben wollen. Die evangelische Staatschule durchzuführen, soll man uns die Erlaubnis zur Gründung von Privatschulen geben, die sich an der Erziehung der Kinder christlich erziehen lassen können.

troffenen Lösung der sozialen Frage kann jeder, auch der Arbeiter, seine volle Zustimmung geben, da die von den Gewerkschaften selbst als ideal aufgestellten Forderungen restlos verwirklicht sind.

Bodenreform
Erklärte der Minister, daß sie bei uns keine Rolle spiele, da wir in unserem Land höchstens 5 Großbetriebe haben, die unter die gesetzlichen Voraussetzungen fallen. Trotzdem können wir uns auch mit den von den Linksparteien erhobenen Forderungen nicht einverstanden erklären, wenn jeder über 100 ha besitzt, seinen gesamten Besitz entschuldigungslos entgeltlos bekommt. Was sich in der Ostzone als Bodenreform abspielt, kommt einer kalten Revolution gleich.

Zum Schluß seiner Ausführungen erläuterte der Minister den zweiten Hauptteil der Verfassung, der den

Aufbau des Staates
behandelt. Die CDU habe neben dem Staatspräsidenten auch ein Staatsrat abgelehnt, weil jede Kompliziertheit des Staatsorganismus vermieden werden soll. In dieser Hinsicht sind die Forderungen jedoch Sicherung getroffen, die eine wirksame Sicherungsmöglichkeit unterbinden.

Die grundlegende Rede des Ministerpräsidenten mit der Feststellung, daß die Verfassung fortgeschrieben und demokratisch ist, Jeder Anhänger des Ordnungsprinzips ist verpflichtet, zu dieser Verfassung und den in der Verfassung enthaltenen Forderungen sich bei jeder Wahl zu sagen. Verfassungen sind aber nur ein Instrument und ein Rahmen, die mit richtigem Geiste erfüllt werden müssen. Deshalb ist es notwendig, die Forderungen der CDU, die als die beruflichen, Parolen der Bevölkerung unseres Landes präsentiert werden, ernsthaft zu verstehen und zu achten und sie in den Ländern zu wählen!

Bafer am 18. Mai 1947:
Dein Ja der Verfassung, Dein Ja dem Schulartikel und Deine Stimme den Kandidaten der CDU!

Das Volk entscheidet

Von Ministerpräsident Dr. Boden

In einer Sitzung vom Freitag, 15. April 1947 nahm die beratende Landesversammlung des Landes Rheinland-Pfalz einen Verfassungsentwurf an. Für die Annahme des Verfassungsentwurfes erklärte sich eine Zweidrittel-Mehrheit, die sich aus Vertretern der Christlich Demokratischen Union, der Liberalen Demokratischen Volkspartei und dem Sozialen Volksblock zusammensetzte. Darin hat sich erfolgreich über den Willen der überwiegenden Mehrheit der Parteien dokumentiert, die Regierung, Staat und Volk eine endgültige gesamtstaatliche Grundlage für die weitere politische Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz zu geben.

Der von der beratenden Landesversammlung angenommene Verfassungsentwurf wird nun am 18. Mai dieses Jahres dem Volke zur Abstimmung vorgelegt. Über endgültige Annahme oder Ablehnung hat also das Volk selbst — d. h. jeder einzelne Staatsbürger — zu entscheiden. Damit ist der Volk vor einer endgültigen Entscheidung über die bisherige beratende Landesversammlung. Es kann nicht eindringlich genug hingewiesen werden, daß die Bedeutung einer Verfassung für das ganze kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes hat. Sie ist ein maßgebendes Kriterium für den Zustand des Volkes, größerer politischer Verantwortlichkeit innerhalb der territorialen Grenzen, die die Besatzungsmächte vorerst durch die Schaffung von Sonder- und autonomen Verwaltungen festgelegt haben. Die Zukunft wird darüber entschieden, ob die bisher gebildeten Länder endgültig die Form und die Grenzen erhalten, die sie heute haben, oder ob sie in Moskau zu Ende gegangenen Verhandlungen der Vereinten Staaten von Amerika, Rußland, England und Frankreich, die den deutschen Staat als ein Bewußtsein gebracht, welche schwebewegigen Lebensformen mit der zukünftigen Struktur der einzelnen deutschen Länder verbunden sind. Deutschland hat sich selbst keine Gelegenheit, an den internationalen Beratungen der Mächte teilzunehmen, und doch ist es in erster Linie mitbestimmt an der Lösung dieser Probleme. Die Verantwortung der politischen Lebensbedingungen, die ihm vorliegt, aufzuerichten wird.

Die Art und Weise, wie das deutsche Volk mit dem ihm gestellten politischen Auftrag fertig wird, ist mitentscheidend auch für seine nächste Zukunft als Gesamtvolk. Es muß sich im Rahmen der nun einmal gesetzten Grenzen politisch erproben und zeigen, daß es die Probleme im großen langsam angelegten. Je mehr es und je intensiver es von dem ihm bis jetzt übergebenen politischen Auftrag entschieden und Eifrig Gebrauch macht, um so eher rückt die Stunde heran, die ihm die volle Selbstbestimmung und damit auch die volle Verantwortung für die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz zu übertragen. Eine politische Haltung, die sich nur deshalb der Mitwirkung an der Gestaltung des öffentlichen Geschehens in Rheinland-Pfalz nicht enthält, ist kein edulgisches oder ein zu kleines Staatsverständnis, wäre einfach unverständlich. Sie würde sich der Verantwortung von dem dem Volk übertragen, wenn nicht dieses Morgen in Frage stellen.

Es kommt in der Tat darauf an, daß wir uns als Volk fähig und würdig erweisen, um das Vertrauen der Welt in unserm Willen zu verdienen und zu einem unabhängigen und stetigen Neuaufbau auf der Grundlage demokratischer Lebensformen wieder zu erwerben. Die ersten Schritte auf dem Wege dorthin sind die Entscheidung über den Aufbau politischer Schritte von unten nach oben. Die Fähigkeit zur Übernahme selbständiger Verantwortung durch das Volk muß sich zunächst erweisen im Rahmen kleiner Lebensbereiche. So zunächst aus den Wahlen zu den vertretenen Körperschaften der Gemeinden und Kreise ein bestimmtes Bild des politischen Bewußtseins des deutschen Volkes zeigen. Bis jetzt hat es sich erwiesen, daß das Volk den Sinn der Stunde begriffen hat, indem es sich unter Überwindung technischer Gegensätze und ständischer Gebilden bekannt und zusammengefunden hat. Wenn wir auch in unseren politischen Planungen und Entscheidungen die notwendige Bescheidenheit zeigen, die Forderungen der Bevölkerung gerecht zu werden, so hat sich doch in den demokratischen Vertretungskörperschaften bisher schon ein lebhafter Wille zur Mitarbeit im demokratischen Sinne gezeigt.

Es gilt darum, den in dieser politischen Arbeit und Verantwortung verkörpernden Optimismus nur aufrecht zu erhalten, sondern ihn erneut für größere Aufgaben einzusetzen. Die Wahlen zu einem Landesparlament, verbunden mit der Abstimmung über eine Verfassung, geben dazu eine hervorragende Gelegenheit. Es wäre nur zu wünschen, daß der Optimismus vor allen Dingen nicht getrübt und beeinträchtigt würde durch eine fruchtlose Opposition gegen das neue Bestehen. Umgekehrt, das Volk muß jede wie auch immer geartete Gelegenheit suchen und wahrnehmen, um seinen Lebens- und Gestaltungsplan für die Zukunft und zur Erfüllung zu bringen. Denn das ist das große Anliegen der Staaten in der Welt gewesen und die Bedeutung, die gerade solche Staaten vielfach für den internationalen Zusammenhalt der Völker und die friedliche Zusammenarbeit der Völker bewiesen, daß nicht nur große Mächte die Völker glücklich machen. Gerade das deutsche Volk hätte Anlaß, über diese Tatsache nachzudenken, um zu erkennen, daß die politische Gestaltung zu erkennen und damit seine Zukunft vorbereiten zu können.

Die Verfassung gibt den politischen Verhältnissen innerhalb unseres Landes die endgültige rechtliche Grundlage und den Rahmen, deren Fülle wir bisher allzuviel spürten. Auch die Landesregierung weiß sich auf Grund einer Verfassung feststen Besitz von Rechten, Verantwortung und Befugnissen, die ihre Arbeit an der politischen Gestaltung und eine produktivere Entwicklung ermöglicht. Der seit langer Zeit Vorsitzende Willy Hütter wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt.



Zur kommenden Wahl

Wichtige Beschlüsse des Bezirksparteitages

In Anwesenheit von 300 Delegierten aus fast allen Kreisen des Landes fand am Samstag, 26. April 1947, in Ingelheim-Süd in der Turnhalle der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Rheinlandes statt. Der Parteitag wurde von dem Vorsitzenden der Bezirkspartei, Jakob Steffan, als schmückendes Beiwerk angehängt waren, haben wir uns die Menschen wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Seins gestellt. Der Staat kann nicht machen was

sein in Erinnerung bringen konnten, oder es noch hat, seien damals absolut unsichtbar gewesen. Er gab dann einen Überblick über die Entwicklung des politischen Lebens mit dem Aufbau der Demokratie. Er erinnerte sich an den Aufbau von unten erfolgt sei, indem zuerst Gemeindegemeinschaften und Kreisparlamente geschaffen wurden und aus diesen Grenzen sich dann die provisorische Verfassung herausbildeten, um die Wähler zu überzeugen. Der jetzt dem Volke vorgelegte Verfassungsentwurf sei deshalb auch nicht als Produkt demokratisch gewählter Vertreter, sondern als Ergebnis der Umgestaltungen zum Aufbau einer Demokratie entstanden. Wenn an dieser Verfassung der maßgebende Einfluß der reaktionären christlich-demokratischen Union erkennbar sei, liegt es nunmehr am Volke am 18. Mai 1947 diese Verfassung abzulehnen, ein ordentliches demokratisches Parlament zu wählen und aus diesem einen Verfassungsentwurf zu entwickeln.

Unannehmbar

Den Ausführungen des Innenministers schloß sich ein Referat des Mitgliedes des Reichstages, Dr. Engel, an. Er erinnerte sich an den Aufbau von unten erfolgt sei, indem zuerst Gemeindegemeinschaften und Kreisparlamente geschaffen wurden und aus diesen Grenzen sich dann die provisorische Verfassung herausbildeten, um die Wähler zu überzeugen. Der jetzt dem Volke vorgelegte Verfassungsentwurf sei deshalb auch nicht als Produkt demokratisch gewählter Vertreter, sondern als Ergebnis der Umgestaltungen zum Aufbau einer Demokratie entstanden. Wenn an dieser Verfassung der maßgebende Einfluß der reaktionären christlich-demokratischen Union erkennbar sei, liegt es nunmehr am Volke am 18. Mai 1947 diese Verfassung abzulehnen, ein ordentliches demokratisches Parlament zu wählen und aus diesem einen Verfassungsentwurf zu entwickeln.

In seinen Ausführungen gab er dann einen Überblick über die monatlichen Verhandlungen der Beratung des Verfassungsentwurfs. Wenn es trotz größter Beweislage der Sozialdemokraten nicht zur Befreiung einer Verfassung durch sie gekommen sei, so sei es das Ergebnis der Entgegenkommen der reaktionären CDU die Ursache. Nicht nur in ihrem Verhalten, sondern auch in dem von der CDU vertretenen Verfassungsentwurf sei es gewesen, der demokratischen Geist und demokratischer Notwendigkeit zu spüren gewesen. Bis zur Verfassungsentwurf dem Satz erhalten hätte, daß das Land Rheinland-Pfalz ein einheitliches Land sein sollte. Politisch verwaltet werde, habe es schon langwieriger Verhandlungen durch sozialdemokratische Mitglieder des Verfassungsausschusses bedürftig.

Das überbrückbare seien die von der CDU aufgerissenen Gegensätze in der Schul- und Erziehungsfrage.

Stimmt mit Nein

Wählt Sozialdemokraten!

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rheinlandes, der am 26. und 27. April 1947 in Ingelheim am Rhein tagte, stellte fest, daß alle bisherigen Maßnahmen aller auf dem Gebiet der Ernährung zuständigen Stellen nicht vermocht haben, den Anzeichen der Ernährungsnot zu verhindern.

Zur Ernährungsfrage
Am Sonntag versammelten sich wiederum die Vertreter des Bezirksparteitages vom 26. bis 27. April 1947 in Ingelheim am Rhein tagte. Der Parteitag wurde von dem Vorsitzenden der Bezirkspartei, Jakob Steffan, als schmückendes Beiwerk angehängt waren, haben wir uns die Menschen wieder in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Seins gestellt. Der Staat kann nicht machen was

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rheinlandes, der am 26. und 27. April 1947 in Ingelheim am Rhein tagte, stellte fest, daß alle bisherigen Maßnahmen aller auf dem Gebiet der Ernährung zuständigen Stellen nicht vermocht haben, den Anzeichen der Ernährungsnot zu verhindern.

Entscheidung
Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rheinlandes, der am 26. und 27. April 1947 in Ingelheim am Rhein tagte, stellte fest, daß alle bisherigen Maßnahmen aller auf dem Gebiet der Ernährung zuständigen Stellen nicht vermocht haben, den Anzeichen der Ernährungsnot zu verhindern.

Trotz des Erlasses der Landesverordnung zum Schutze der Volksernährung wird nicht verhindert, daß ein gewisses Mengen von Ernährungsgütern auf der einen Seite gegen Bedarfs- und Wirtschaftsgüter, auf der anderen Seite gegen Tausch- und Schwarzhandel den Besitzer wechseln.

Es ist unserem Volke Bestimmungen auferlegt, deren Inhalt den Geist mittelalterlicher Geschichte trägt. Auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist die CDU, aber auch die SV und LDP, keinerlei Verständnis für die zeitgebundene Notwendigkeit der Verwirklichung der Sozialistischen Ziele. Der Verfassungsentwurf sei deshalb für die Sozialdemokratische Landtagsfraktion als Gesamtextwurf in der Schlußabstimmung von nein zu stimmen. Die Kirche stelle diese Forderung, weil sie überzeugt ist, daß nur im Christentum die Kraft liegt, die uns retten kann. Wir brauchen eine christliche Schule in Deutschland, nicht eine Staatschule. Wir brauchen einen christlichen Einfluß in Presse und Rundfunk. Wenn man uns in den Programmen der bestehenden Rundfunkanstalten größeren Einfluß geben will, so soll man uns einen kirchlichen Sender geben, dessen Programm wir zusammen mit den Katholiken betreiben wollen. Die evangelische Staatschule durchzuführen, soll man uns die Erlaubnis zur Gründung von Privatschulen geben, die sich an der Erziehung der Kinder christlich erziehen lassen können.

Es ist unserem Volke Bestimmungen auferlegt, deren Inhalt den Geist mittelalterlicher Geschichte trägt. Auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist die CDU, aber auch die SV und LDP, keinerlei Verständnis für die zeitgebundene Notwendigkeit der Verwirklichung der Sozialistischen Ziele. Der Verfassungsentwurf sei deshalb für die Sozialdemokratische Landtagsfraktion als Gesamtextwurf in der Schlußabstimmung von nein zu stimmen. Die Kirche stelle diese Forderung, weil sie überzeugt ist, daß nur im Christentum die Kraft liegt, die uns retten kann. Wir brauchen eine christliche Schule in Deutschland, nicht eine Staatschule. Wir brauchen einen christlichen Einfluß in Presse und Rundfunk. Wenn man uns in den Programmen der bestehenden Rundfunkanstalten größeren Einfluß geben will, so soll man uns einen kirchlichen Sender geben, dessen Programm wir zusammen mit den Katholiken betreiben wollen. Die evangelische Staatschule durchzuführen, soll man uns die Erlaubnis zur Gründung von Privatschulen geben, die sich an der Erziehung der Kinder christlich erziehen lassen können.

Es ist unserem Volke Bestimmungen auferlegt, deren Inhalt den Geist mittelalterlicher Geschichte trägt. Auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist die CDU, aber auch die SV und LDP, keinerlei Verständnis für die zeitgebundene Notwendigkeit der Verwirklichung der Sozialistischen Ziele. Der Verfassungsentwurf sei deshalb für die Sozialdemokratische Landtagsfraktion als Gesamtextwurf in der Schlußabstimmung von nein zu stimmen. Die Kirche stelle diese Forderung, weil sie überzeugt ist, daß nur im Christentum die Kraft liegt, die uns retten kann. Wir brauchen eine christliche Schule in Deutschland, nicht eine Staatschule. Wir brauchen einen christlichen Einfluß in Presse und Rundfunk. Wenn man uns in den Programmen der bestehenden Rundfunkanstalten größeren Einfluß geben will, so soll man uns einen kirchlichen Sender geben, dessen Programm wir zusammen mit den Katholiken betreiben wollen. Die evangelische Staatschule durchzuführen, soll man uns die Erlaubnis zur Gründung von Privatschulen geben, die sich an der Erziehung der Kinder christlich erziehen lassen können.

Restlose Einschaltung der örtlichen und des Kreisernährungsausschusses bei der Festsetzung aller neuen Umlagen 1947/48 und die Einsetzung der Umlagekommission in einzelnen Betrieben vor der Ernte.

Entwicklung des Arbeitsrechts
Diesem Referat schloß sich der Arbeitsminister Paul Röhlle an. In vorzüglicher Weise wurde er die Entwicklung des Arbeitsrechts im Land Rheinland-Pfalz und der Bemühung der Sozialdemokratischen Partei an dessen Verwirklichung zu schildern.

Der Ernährungsbericht
Der anschließend von dem Vorsitzenden Willy Hütter erstattete Ernährungsbericht und der von dem Minister Alfred Treu erstattete Kasernenbericht wurden von der Versammlung einstimmig gebilligt. Der seit langer Zeit Vorsitzende Willy Hütter wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt.

Gegen die Verfassung
Dem mit großem Interesse aufgenommenen Referat folgte Innenminister Jakob Steffan. Er erinnerte noch einmal an die vorgefundenen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 und wies besonders darauf hin, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie in ihrer engeren Heimat, aber auch in allen übrigen Teilen Deutschlands an erster Stelle eingegriffen sei, um die Lebensbedingungen für alle Menschen herzustellen. Es sei eine keine leichte Aufgabe gewesen und viele von denen, die später und heute aus persönlichen Gründen nicht laut genug für De-

den mit großem Interesse aufgenommenen Referat folgte Innenminister Jakob Steffan. Er erinnerte noch einmal an die vorgefundenen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 und wies besonders darauf hin, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie in ihrer engeren Heimat, aber auch in allen übrigen Teilen Deutschlands an erster Stelle eingegriffen sei, um die Lebensbedingungen für alle Menschen herzustellen. Es sei eine keine leichte Aufgabe gewesen und viele von denen, die später und heute aus persönlichen Gründen nicht laut genug für De-

den mit großem Interesse aufgenommenen Referat folgte Innenminister Jakob Steffan. Er erinnerte noch einmal an die vorgefundenen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 und wies besonders darauf hin, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie in ihrer engeren Heimat, aber auch in allen übrigen Teilen Deutschlands an erster Stelle eingegriffen sei, um die Lebensbedingungen für alle Menschen herzustellen. Es sei eine keine leichte Aufgabe gewesen und viele von denen, die später und heute aus persönlichen Gründen nicht laut genug für De-

den mit großem Interesse aufgenommenen Referat folgte Innenminister Jakob Steffan. Er erinnerte noch einmal an die vorgefundenen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 und wies besonders darauf hin, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie in ihrer engeren Heimat, aber auch in allen übrigen Teilen Deutschlands an erster Stelle eingegriffen sei, um die Lebensbedingungen für alle Menschen herzustellen. Es sei eine keine leichte Aufgabe gewesen und viele von denen, die später und heute aus persönlichen Gründen nicht laut genug für De-

den mit großem Interesse aufgenommenen Referat folgte Innenminister Jakob Steffan. Er erinnerte noch einmal an die vorgefundenen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 und wies besonders darauf hin, daß auch hier wieder die Sozialdemokratie in ihrer engeren Heimat, aber auch in allen übrigen Teilen Deutschlands an erster Stelle eingegriffen sei, um die Lebensbedingungen für alle Menschen herzustellen. Es sei eine keine leichte Aufgabe gewesen und viele von denen, die später und heute aus persönlichen Gründen nicht laut genug für De-

